

Information über die Sitzung des Gemeinderats am 05. Mai 2009

Prüfung der Jahresrechnung 2008 und Entlastung

Die von der Verwaltung erstellte Haushaltsrechnung für das Jahr 2008 wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss (RPA) geprüft. Der Prüfbericht des RPA vom 15. April 2009 liegt den Ratsmitgliedern vor. Die darin enthaltenen Feststellungen und Hinweise werden beim künftigen Verwaltungshandeln beachtet.

Ratsmitglied Manfred Müller (FWG), gleichzeitig auch Mitglied des RPA, verliest die Schlussbemerkung des Prüfberichts: „Bei der Prüfung der Jahresrechnung 2008 haben sich keine Beanstandungen ergeben. Gegen die Entlastung des Bürgermeisters und der Beigeordneten gemäß § 114 GemO erhebt der RPA keine Bedenken.“

Weiter berichtet Ratsmitglied Müller, dass der RPA eine gute Sitzung hatte, bei der die Verwaltungsmitarbeiter Achim Hammer, Elke Helm und Gunther Holzwarth große Souveränität und Sachkenntnis bewiesen hätten. Er lobt außerdem den sachkundigen Bürgermeister Hans-Dieter Schneider, der alle anstehenden Fragen auch selbst beantworten konnte. Er dankt auch Rats- und Ausschussmitglied Hannelore Zwierlein (CDU) für ihren großen vorbereiteten Fragekatalog. Der Bürgermeister ergänzt, dass die geleistete Arbeit nur zusammen mit einem kompetenten Team möglich gewesen sei.

Einstimmiger Beschluss:

Die Jahresrechnung 2008 wird beschlossen. Dem Bürgermeister und den Beigeordneten wird für das Haushaltsjahr 2008 Entlastung erteilt.

Jahresrechnung 2008 der Jagdgenossenschaft Mutterstadt

Die Gemeindeverwaltung hat die Jahresrechnung 2008 der Jagdgenossenschaft erstellt. Die Gesamteinnahmen betragen 11.408,09 € (Jagdrecht und Zuwendung eines Pächters). An Ausgaben sind 772,86 € für eine Anzeige zur Jagdverpachtung angefallen. Somit ergibt sich ein Überschuss von 10.635,23 €, der an den Gemeindehaushalt für die Feldwegeunterhaltung und den Feldwegeausbau abgeführt wurde.

Einstimmiger Beschluss:

Die Jahresrechnung 2008 der Jagdgenossenschaft Mutterstadt wird beschlossen. Dem Bürgermeister und den Beigeordneten wird für das Haushaltsjahr 2008 Entlastung erteilt.

Haushaltsplan 2009 Jagdgenossenschaft Mutterstadt

Die Verwaltung hat in Zusammenarbeit mit der Jagdgenossenschaft Mutterstadt den Haushaltsplan für das Jahr 2009 erstellt. Der Haushaltsplan schließt in Einnahmen und Ausgaben mit jeweils 22.250,00 € ab.

Einstimmiger Beschluss:

Dem Haushaltsplan 2009 der Jagdgenossenschaft Mutterstadt wird zugestimmt.

Bauliche und betriebliche Erweiterung Haus des Kindes "Im Mandelgraben"

Ab 2010 wird zweijährigen Kindern, ab 2013 auch unter zweijährigen Kindern, ein Rechtsanspruch auf einen Tagesstättenplatz gesetzlich zugesichert. Für die Eltern besteht dann auch Beitragsfreiheit. Zur Unterbringung dieser Altersgruppen sind auch in Mutterstadt noch weitere Plätze zu schaffen.

Dazu haben mehrere Gespräche zwischen der Kath. und Prot. Kirchengemeinde, der politischen Gemeinde, dem Kreisjugendamt und dem Landesjugendamt stattgefunden. Die beiden Kirchengemeinden werden ihre Einrichtungen entsprechend erweitern. Die von den Kirchen in die Wege geleiteten Maßnahmen werden aber nicht ausreichen, um den Platzbedarf zu decken, so dass auch die Gemeinde selbst weitere Plätze schaffen muss.

Dies soll nicht durch einen Neubau erfolgen, sondern durch eine bauliche und betriebliche Erweiterung des gemeindlichen Haus des Kindes „Im Mandelgraben“.

Weil die benachbarte Grundschule ab 2010/2011 Ganztagschule werden soll, bietet sich eine gemeinsame Baumaßnahme zwischen diesen beiden Einrichtungen an.

Der Jugendhilfeausschuss des Rhein-Pfalz-Kreises hat im Rahmen der Bedarfsplanung beschlossen, das Haus des Kindes um zwei Gruppen zu erweitern. Das Haus umfasst dann insgesamt sieben Gruppen. In den vorhandenen Räumlichkeiten sind dazu auch bauliche Veränderungen zur Schaffung weiterer Funktionsräume erforderlich. Für die Baumaßnahme Ganztagschule/Kindertagesstätte werden die Kosten auf ca. 2 Millionen Euro veranschlagt, wobei auf die Kindertagesstätte einschließlich Einrichtung ca. 750.000 Euro entfallen.

Der Umbau wird vom Land Rheinland-Pfalz und vom Rhein-Pfalz-Kreis nach unterschiedlichen Richtlinien bezuschusst.

Durch die Erweiterung wird auch ein höherer Bedarf an Erziehungspersonal erforderlich. Eine Erhöhung um ca. 4,50 Stellen auf dann 17 Stellen wird notwendig sein, um die soziale und pädagogische Arbeit zu gewährleisten. Inwieweit auch die 39 Wochenstunden der Reinigungskräfte und die 53 Wochenstunden der Wirtschaftskräfte (Küche) erhöht werden, hängt u.a. auch davon ab, in welcher Form das Mittagessen gereicht wird (Frischküche oder Anlieferung). Dies ist noch nicht entschieden.

Die Gemeinde Mutterstadt hat 15 % der gesamten Personalkosten zu tragen.

Bürgermeister Hans-Dieter Schneider gibt nachfolgende weitere Erläuterungen zum Sachverhalt: *„Träger der Jugendhilfe ist der Rhein-Pfalz-Kreis. Er hat dafür Sorge zu tragen, dass die Rechtsanspruchsplätze für Zweijährige zum Jahre 2010 vorhanden sind und darüber hinaus auch jetzt schon darauf zu achten und hinzuwirken, dass auch der Rechtsanspruch für Einjährige ab 2013 sicher gestellt ist, wobei der Rechtsanspruch für Einjährige auch in Tagespflegeplätzen erfüllt werden kann. Das Kreisjugendamt geht allerdings nach den bisher in der Tagespflege gemachten Erfahrungen davon aus, dass dort keine ausreichende Zahl an Plätzen für die unter Zweijährigen geschaffen werden kann.*

Auf Grund dieser Gesetzesvorgaben haben in den letzten Jahren zwischen dem Kreisjugendamt, dem Landesjugendamt und den Trägern der Mutterstadter Kindertagesstätten immer wieder Gespräche stattgefunden. Das Jugendamt des Rhein-Pfalz-Kreises ist nicht Träger von Einrichtungen und daher sowohl auf kommunale bzw. freie Träger angewiesen.

Die Gespräche haben 2008 zu Ergebnis geführt, dass die Kath. Kindertagesstätte (auch aus bau- und sicherheitstechnischen Gründen) und die Prot. Kindertagesstätte II um- und ausgebaut werden, um den Platzbedarf für Zweijährige zu decken, denn bisher konnten und können lediglich in der Kommunalen Kindertagesstätte Haus des Kindes und in der Prot. Kindertagesstätte I jeweils 6 Plätze zur Verfügung gestellt werden.

Dies war gleichbedeutend mit der grundsätzlichen Entscheidung, keine komplett neue, mindestens vier Gruppen umfassende, kommunale Einrichtung im Neubaugebiet „Am Alten Damm“ zu errichten. Hintergrund war auch die einhellige Einschätzung, dass etablierte Einrichtungen mit gewohnten Wegstrecken einer gänzlich neuen Einrichtung in einem bisher nur dünn besiedelten Neubaugebiet vorzuziehen sind.

Seinerzeit ist das Kreisjugendamt bei seiner Zukunftsplanung davon ausgegangen, dass für Zweijährige 60 Plätze vorzuhalten sind, weil bei einem Jahrgang mit 80 Kindern bei einer Aufnahmequote von 75 % sich dies so ergibt. Die Quote von 75 % wird als realistisch angesehen, weil ab 2010, mit Ausnahme von Krippe- und Hortplätzen, Gebührenfreiheit bestehen wird. Das bedeutete, dass in Mutterstadt bis 2010 noch 48 neue Plätze zu schaffen wären, da lediglich, wie bereits erwähnt, nur 12 Plätze zur Verfügung stehen.

Zwischenzeitlich (Stand Feb. 2009) geht das Kreisjugendamt bei seinen Zukunfts- und Perspektiveberechnungen davon aus, dass in Mutterstadt mit 95 Kindern eines Jahrganges zu rechnen ist. Das ergibt, bei einer Belegungsquote von weiterhin 75 %, dass 72 Plätze vorzuhalten sind, d.h. 60 neue Plätze sind zu schaffen.

Durch die vorgesehenen Maßnahmen können dann bei den beiden kirchlichen Kindertagesstätten je 4 und bei der gemeindlichen Kindertagesstätte Haus des Kindes ebenfalls 4 geöffnete Gruppen mit jeweils 6 Zweijährigen belegt werden, was 72 Plätze ergibt.

In wie weit die beiden kirchlichen Kindertagesstätten alle Gruppen mit Zweijährigen belegen ist derzeit noch offen und wird von organisatorischen und betrieblichen Gegebenheiten sowie von der Nachfrage nach Plätzen vor Ort (d.h. die Nähe zur Einrichtung) abhängen.

Mit den Maßnahmen kann, unter Beachtung der vorgenannten Einschränkungen, der Bedarf für Zweijährige gedeckt werden.

Was die Zuschüsse betrifft so ist festzuhalten, dass von Seiten des Landes mit 2 x 55.000,00 Euro ist gleich 110.000,00 Euro und ca. 4.000,00 Euro x 24 (Anzahl der für Zweijährige geschaffenen Plätze) ist gleich 96.000,00 Euro, insgesamt ca. 206.000,00 Euro zu rechnen ist.

Hinzu kommen noch Zuschüsse des Kreises, die von der Finanzkraft der Gemeinde abhängig sind. Dazu werden noch Verhandlungen erforderlich sein.

Die Höhe des Zuschusses hängt damit zusammen, in welcher Höhe der Kreis die anerkennungsfähigen Gesamtkosten festlegt.

Vor diesem Hintergrund des ermittelten voraussichtlichen Bedarfs hat die Verwaltung hausintern, unter Einbeziehung der Leitung des Haus des Kindes und der Schulleitung der Grundschule im Mandelgraben, eine Plan-Grundriss-Skizze gefertigt um eine Grundlage für das entstehende Raumprogramm und eine grobe Kostenkalkulation zu haben.

Diese Skizze wurde mit dem Kreisjugendamt und dem Landesjugendamt abgesprochen um die Zuschussfähigkeit abzuklären, was von beiden Behörden positiv beschieden wurde.

Auch die Leitungen der Schule und des Haus des Kindes sowie der Elternausschuss haben den Vorentwurf zustimmend zur Kenntnis genommen.

Bei allen Gesprächen wurde jedoch betont, dass die Vorplanung als Orientierung für den Grundsatzbeschluss der Maßnahme noch durch die Gemeindegremien zu beraten und beschließen ist.

Detail- und Ausführungsplanungen werden erst im zweiten Schritt gefertigt und selbstverständlich in der üblichen Beratungsfolge – Fachausschüsse / Haupt- und Finanzausschuss / Gemeinderat beraten und beschlossen.“

Der Vorsitzende weist außerdem auf die unterschiedlichen Prognosen der demografischen Entwicklung für unseren Raum hin.

Zum Beschlussvorschlag (Teil a und b) erklärt der Vorsitzende auf Wunsch der CDU-Fraktion, dass der vorliegende Vorentwurf lediglich als Basis für weitere Ausarbeitungen, Beratungen und Beschlüsse in den zuständigen Fachausschüssen dient.

Einstimmiger Beschluss:

- a) Die gemeindliche Kindertagesstätte Haus des Kindes „Im Mandelgraben“ wird auf Basis des vorliegenden Vorentwurfs des gemeindlichen Bauamtes bis möglichst zum 31.08.2010 umgebaut und in Betrieb genommen.
- b) Die Verwaltung wird beauftragt und ermächtigt alle erforderlichen baurechtlichen, sowie in der Sach- und Rechtslage aufgezeigten personellen und betrieblichen Schritte in die Wege zu leiten, den Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer Ganztagschule bei der Grundschule „Im Mandelgraben“ herbeizuführen und alle möglichen entsprechenden Zuschussanträge fristgerecht zu stellen.

Sicherheit für Radfahrer in der Ludwigshafener Straße

Ratsmitglied Gabi Odermatt-Alt Vater (GRÜNE) stellt den Antrag, die Ludwigshafener Straße zwischen Kreuzung Pfalzring bis zum Parkplatz des Discountmarktes Lidl auf der rechten Straßenseite in Richtung Maudach durch einen verbreiterten Fuß- und Radweg zu erweitern. Die Verbindung zwischen Kreuzung Pfalzring und Parkplatz Lidl ist derzeit als Gehweg ausgebaut, die Nutzung dieses Teilstücks ist nach Straßenverkehrsordnung nur fußläufig möglich. Das bedeutet, dass Radfahrer diese Fläche auch nur fußläufig nutzen dürfen und absteigen müssen. Eine Verbreiterung des Gehweges zur Nutzung als Geh- und Radweg ist aus Platzgründen zurzeit nicht möglich, wäre aber im Zusammenhang mit der Ausbauplanung der Ludwigshafener Straße zu prüfen. Allerdings wäre dann auch wieder das Konfliktpotenzial zwischen Fußgängern und Radfahrern im Bereich der Bushaltestelle gegeben, das laut Antrag bei der Bushaltestelle auf der gegenüber liegenden Seite beseitigt werden soll.

Einstimmiger Beschluss:

Der Antrag zur Anlage eines Geh- und Radweges im Bereich der Bushaltestelle Alter Friedhof (Südseite) wird zurückgestellt und im Zuge der Ausbauplanung der Ludwigshafener Straße behandelt. Die Beratung dazu wird zuständigkeithalber in den Bauausschuss verwiesen.

Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer an der Bushaltestelle Alter Friedhof

Ratsmitglied Gabi Odermatt-Alt Vater (GRÜNE) stellt den Antrag, den Bushaltepunkt Alter Friedhof aus Fahrtrichtung Maudach kommend so zu ändern, dass der Radweg an der Rückseite des Haltepunktes vorbeiführt.

Die Bushaltestelle ist derzeit so gestaltet, dass der Ausstiegsbereich dem Radweg vorgelagert ist, sodass bei entsprechender gegenseitiger Rücksichtnahme Konflikte vermeidbar sind. Im Übrigen gilt auch für Radfahrer die Straßenverkehrsordnung, die vorschreibt, dass bei haltendem Bus nur im Schritttempo vorbei gefahren werden darf bzw. anzuhalten ist im Bedarfsfall.

Einstimmiger Beschluss:

Der Antrag zur geänderten Verkehrsführung des Radweges im Bereich der Bushaltestelle Alter Friedhof wird zurückgestellt und im Zuge der Ausbauplanung der Ludwigshafener Straße behandelt. Die Beratung dazu wird zuständigkeitshalber in den Bauausschuss verwiesen.

Geruchsbeschwerden von November 2008 bis März 2009

Die Verwaltung unterrichtet den Gemeinderat regelmäßig über eingegangene Geruchsbeschwerden. Im Zeitraum von November 2008 bis März 2009 gingen vier Beschwerden bei der Verwaltung ein. Ursache war in allen Fällen das Verladen oder Umsetzen von Kompost, weshalb die Verwaltung den Betreiber der Kompostieraufgabe angesprochen hat.

Unterrichtung des Gemeinderats über Verträge der Gemeinde mit Rats- und Ausschussmitgliedern sowie Bediensteten 2008

Der Gemeinderat ist jährlich vom Bürgermeister in öffentlicher Sitzung über Verträge der Gemeinde mit Rats- und Ausschussmitgliedern sowie mit Bediensteten der Gemeinde zu unterrichten, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt.

Für das Jahr 2008 ist über folgenden Vertrag zu unterrichten:

Auftragsdatum: 26.09.2008

Name: Achim Buchmüller

Vertragsinhalt: Begrünung Kreisverkehrs platz K28/L524

Gremium: Bau 16.09.2008, Rat 11.11.2008

Anträge / Anfragen

Auf die Frage, warum im Ort bereits seit 2. Mai Wahlplakate aufgestellt sind, erklärt der Vorsitzende, dass alle Parteivorsitzenden ein Schreiben der Ordnungsverwaltung bekommen haben, wonach die Aufstellung von Wahlplakaten in Mutterstadt ab Samstag, 2. Mai 2009 (0.00 Uhr) zugelassen ist.

Außerdem wird nach der abmontierten Plastik am Vorplatz der Neuen Pforte gefragt, die von Jugendlichen gerne als Rutschbahn missbraucht wird. Der Vorsitzende erklärt, dass ein Kind mit dem Fuß im Spalt des Kunstwerks steckengeblieben ist. Um weitere Unfälle zu vermeiden, werden die Spalte nun im Bauhof verschlossen, ohne jedoch den Charakter des Kunstwerks zu verändern.